



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**
NEW YORK OFFICE

NEOLIBERALISMUS MIT SÜDLICHEM ANTLITZ

Der Aufstieg des BRICS-Blocks

Von Vijay Prashad

Inhaltsverzeichnis

Lokomotiven des Südens? Von den Herausgebern.....	1
---	---

Neoliberalismus mit südlichem Antlitz

Der Aufstieg des BRICS-Blocks.....	2
---	----------

Von Vijay Prashad

Kraftwerk BRICS.....	3
Die Entstehung des BRICS-Blocks.....	4
Das Scheitern des „Dritte-Welt-Projekts“.....	5
Das Aufkommen des vom Norden angeführten Neoliberalismus.....	6
Die blutleere Macht des Nordens.....	8
Das IBSA-Dialogforum.....	10
Goldman Sachs.....	12
Die BRICS-Agenda.....	13
1. Finanzreform.....	14
2. Entwicklungsagenda.....	15
3. Multipolarer Regionalismus.....	15
Gipfel-Politik.....	16
Grenzen der BRICS-Plattform.....	17
Perspektiven des BRICS-Blocks.....	19
Ausgewählte Literatur.....	20

Veröffentlicht von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro New York, Mai 2013

Herausgeber: Stefanie Ehmsen und Albert Scharenberg

Adresse: 275 Madison Avenue, Suite 2114, New York, NY 10016

E-Mail: info@rosalux-nyc.org; **Telefon:** +1 (917) 409-1040

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine international tätige, progressive Non-Profit-Organisation für politische Bildung. In Zusammenarbeit mit vielen Organisationen rund um den Globus arbeitet sie für demokratische und soziale Partizipation, die Ermächtigung von benachteiligten Gruppen, Alternativen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und für friedliche Konfliktlösungen.

Das New Yorker Büro erfüllt zwei Hauptaufgaben: sich mit Themen der Vereinten Nationen zu befassen und mit nordamerikanischen Linken in Hochschulen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der Politik zusammenzuarbeiten.

www.rosalux-nyc.org

Lokomotiven des Südens?

Jahrhundertlang haben die Nationen des Globalen Südens dafür gekämpft, sich politisch zu behaupten. Dieses Ansinnen äußerte sich ursprünglich im Widerstand gegen den Kolonialismus. Mit dem Zusammenbruch der europäischen Imperien entstanden dann neue Staaten in Afrika und Asien. Im Jahr 1955 kamen die Führungen dieser hoffnungsvollen Nationen im indonesischen Bandung zusammen, um ihre Kämpfe auf internationaler Ebene voranzubringen. Es war dieser „Geist von Bandung“, der Institutionen wie der Bewegung der Blockfreien Staaten (NAM) und der G77, ihrer Gruppe innerhalb der UNO, in den nachfolgenden Jahren zugrunde lag. In wirtschaftlicher Hinsicht fand diese Idee ihren Ausdruck in der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), während die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) eine alternative kulturelle Agenda vorantrieb. Diese Organe bildeten die institutionelle Entsprechung des „Dritte-Welt-Projekts“, des kollektiven Traums von einer anderen Welt, die von Frieden, Kooperation und Wohlstand für alle gekennzeichnet sein sollte.

In den 1980er Jahren kollabierte dieses Projekt, das bereits durch innere Widersprüche gefährdet war, unter dem Gewicht des nordatlantischen Neoliberalismus. Das „Dritte-Welt-Projekt“ war von einer nationalen Einheit über Klassengrenzen hinweg ausgegangen; es brach in sich zusammen, als lokale Eliten sich mit den Interessen des internationalen Kapitals gemein machten und Liquiditätskrisen dem Internationalen Währungsfonds (IWF) die Tür für seine Programme der „Strukturanpassung“ öffneten – Programme, die diese Nationen ihrer Fähigkeit beraubten, die eigene wirtschaftliche Zukunft zu gestalten. Für die nachfolgenden Jahrzehnte würde der Neoliberalismus seinen triumphalen und destruktiven Siegeszug quer über den Planeten fortsetzen – bis die schlimmste Wirtschaftskrise seit der Großen Depression die Tücken dieses Konzepts zum Vorschein brachte.

Schon vor dem Ausbruch der Finanzkrise hatten Brasilien, Russland, Indien, China und schließlich auch Südafrika ihre Zusammenarbeit begonnen – hieraus ging später der BRICS-Block hervor. Im Gegensatz zu den führenden Ländern des Globalen Nordens erfreuen sich diese „Lokomotiven des Südens“ hoher Wachstumsraten, verfügen über extensive Naturressourcen und haben große, junge und gebildete Bevölkerungen. Wie beeinflussen ihr Aufstieg und ihre Kooperation globale Machtbeziehungen und die Geopolitik? Neigt sich die Dominanz des Nordens dem Ende zu?

In dieser Analyse bietet Vijay Prashad, Professor für Südasiatische Geschichte am Trinity College in Connecticut, Antworten auf diese Fragen. Seiner Ansicht nach ist, obwohl es teilweise eine Verbindung zwischen dem „Geist von Bandung“ und dem BRICS-Projekt gibt, letzteres keineswegs revolutionär. Das Wirtschaftswachstum in diesen Ländern entsteht auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung und der Umwelt, und die BRICS-Eliten versuchen nicht, das bestehende System der globalen Ordnung umzustürzen, sondern lediglich daran teilzuhaben. Die BRICS-Staaten gewinnen jedoch an wirtschaftlicher Stärke. Sie sind im Begriff, ihre politische Stimme zu finden und die arrogante Dominanz des Nordens in globalen Angelegenheiten in Frage zu stellen. Prashad kommt zu dem Schluss, dass wir aufgrund des Aufstiegs der BRICS-Staaten bereits heute in einer multipolaren Welt leben.

*Stefanie Ehmsen und Albert Scharenberg
Leiter des Büros New York, Mai 2013*

Neoliberalismus mit südlichem Antlitz

Der Aufstieg des BRICS-Blocks

Von Vijay Prashad

Als der indische Premierminister Manmohan Singh Generalsekretär der Kommission des Südens war, wurde er von zwei Faktoren ausgebremst: der katastrophalen Schuldenkrise, die die Fähigkeit der afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Staaten hemmte, Wirtschaftswachstum zu erzeugen, sowie dem durch den Norden forcierten rechtlichen Regime zum geistigen Eigentum. Letzteres führte dazu, dass diese Staaten von jeglichen wissenschaftlichen und technologischen Neuerungen abgeschnitten waren. Die Länder des Globalen Südens schienen für Jahrtausende zu Armut und Elend verdammt. Das Problem des Südens lag jedoch nicht nur in internen Defiziten. Vielmehr waren es – so Singh – die größtenteils vom Norden und zu dessen eigenen Gunsten diktierten Regeln, welche dem Süden die Luft zum Atmen nahmen.

Während einer Pressekonferenz im schweizerischen Genf am 18. Juli 1988 legte Singh sein Augenmerk auf den entsetzlichen Schuldenüberhang, der auf der „Dritten Welt“ lastete. Neue Wege des Umgangs mit dieser Schuldenkrise müssten erdacht werden. „Dies ist die raue Wirklichkeit“, sagte er, „und bevor die Organisation nicht öffentlich abläuft, bevor die kollektiven Sichtweisen der Dritten Welt nicht in einem konstruktiven Dialog ausgesprochen werden können, wird keinerlei rein technische Lösung das Schuldenproblem lösen.“ Diesen Gedankengang weiterführend, erklärte er: „Was wir in der Dritten Welt benötigen, ist eine globale Perestroika, eine Umstrukturierung der wirtschaftlichen Beziehungen, bei der die legitimen Erwartungen von den vier Fünfteln

der Menschheit, die in der Dritten Welt leben und sich ein besseres Leben für ihre Mitmenschen erhoffen, Berücksichtigung finden.“

Die Verwendung des Begriffs „Perestroika“ war provokant. Er hatte im Jahr zuvor große Berühmtheit erlangt, als Michail Gorbatschow ihn benutzt hatte, um sich auf die Neustrukturierung der Sowjetunion zu beziehen. Singh verwendete ihn, um auf die Notwendigkeit einer Reform globaler Institutionen zu verweisen, etwa des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank oder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Im Jahr 1988 gab es allerdings wenig Hoffnung, dass die Sichtweisen des Südens ernst genommen werden würden. Von den späten 1980er Jahren bis Mitte der 2000er Jahre gab es keine Fortschritte in Bezug auf eine globale Perestroika.

Der erste wichtige Impuls für eine derart erweiterte Umstrukturierung war das Hervortreten von Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika als BRICS-Staatenblock. Im September 2006 kamen die Außenminister von Brasilien, Russland, Indien und China in New York zusammen, um über die Schaffung eines institutionellen Rahmens für die Diskussion verschiedener Themen zu sprechen. Darauf folgte eine Reihe weiterer Treffen, die von der Schwere der Kreditkrise ab dem Jahr 2007 überschattet waren. Damals begann der Globale Norden den Globalen Süden aufzufordern, die Weltwirtschaft dabei zu unterstützen, aus einer Situation herauszusteuern, die zu einer Dauerkrise zu werden schien. Am 16. Mai 2008 gründeten die vier Staaten im russischen Jeka-

terinburg den BRIC-Block. Zwei Jahre später, im Dezember 2010, wurde Südafrika in die Gruppe aufgenommen, die damit zum BRICS-Block wurde.

Der erste große BRIC-Gipfel im Juni 2009 fand während der dunkelsten Phase der Kreditkrise statt. Deshalb ist der Charakter der ersten gemeinsamen Erklärung geprägt von der Finanzkrise und ihrer Lösung durch den G20-Aktionsplan und Reformen des internationalen Finanzsystems. Alle weiteren Elemente der politischen Ausrichtung der BRIC (und späteren BRICS) waren bereits ersichtlich: multipolarer Regionalismus, eine Bekräftigung der Agenda des Rio-Gipfels zum Klimawandel (UNCED 1992), technologische Zusammenarbeit und die Betonung des Dialogs gegenüber der Anwendung von Gewalt. Die Regierungschefs der BRICS-Staaten trafen sich jährlich zu ihrem Gipfeltreffen. Bisher haben die BRICS-Länder fünf Gipfel abgehalten: 1. BRIC-Gipfel in Jekaterinburg (Russland) am 16. Juni 2009; 2. BRIC-Gipfel in Brasilia (Brasilien) am 16. April 2010; 3.

BRICS-Gipfel in Sanya (China) am 14. April 2011; 4. BRICS-Gipfel in Neu-Delhi (Indien) am 29. März 2012; 5. BRICS-Gipfel in Durban (Südafrika) am 26. und 27. März 2013.

Zwischen diesen Gipfeln trafen sich zusätzlich die Minister der einzelnen Regierungskabinette. Manchmal, um als *Sherpas* (Chefunterhändler) die Agenda der Gipfel zu erarbeiten, und bisweilen auch, um Themen zu beraten, die einer Weiterentwicklung bedurften (beispielsweise die Zusammenkünfte der Finanzminister wegen der BRICS-Entwicklungsbank). Diese Treffen führten nicht zur Bildung eines BRICS-Sekretariats, um es der „Gruppe der 8“ (G8) oder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) – beides institutionelle Sekretariate des Nordatlantisch-Japanischen Blocks – gleichzutun. Anders formuliert: Die BRICS haben eine Struktur errichtet, um einen neuen politischen Raum, neue politische Initiativen und einen neuen Mechanismus der Koordination zu schaffen. Dies ist ein bescheidener Anfang.

Kraftwerk BRICS

Der Block der BRICS-Staaten ist auf demographischem Gebiet ein Gigant. Er stellt 40 Prozent der Weltbevölkerung und macht 25 Prozent der weltweiten Landmasse aus. Vom insgesamt auf der Erde geschaffenen Bruttoinlandsprodukt produzieren die BRICS-Staaten ein Viertel. Die fünf Länder unterscheiden sich in ihren Kulturen – durch Sprache, Religion, Sitten und Gebräuche. Auch in ihrem Wirtschaftskurs sind sie verschieden: Einige Staaten folgen einer Logik der exportorientierten Industrieproduktion, während andere auf den Export von Rohstoffen setzen.

Derartige Unterschiede schmälern jedoch nicht den politischen Stellenwert des Blocks. Nach

konventionellen Maßstäben sind die Mitglieder keine unbedeutenden Staaten – drei der fünf sind Atomkräfte, zwei verfügen über einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat und zwei weitere sind Anwärter auf solch einen Sitz. Bislang haben sie eine multilaterale Plattform geschaffen. Die BRICS-Staaten streben danach, ihr gemeinsames politisches Gewicht gegen den Überlegenheitsanspruch des Nordens in Stellung zu bringen sowie als Forum zu fungieren, das Themen und Analysen beleuchtet, die bislang nicht an die Oberfläche gelangen konnten. Eine Einmischung in heikle politische Angelegenheiten (etwa in den Israel-Palästina-Konflikt) sowie in die Debatte um die Finanzreform wie auch um die Entwicklungs-

strategie illustrieren die Bemühungen der BRICS-Länder, sich auf der Weltbühne als politische Plattform in Szene zu setzen. Doch ihre Einmischungsbemühungen werden begrenzt durch die zögerliche Haltung der Führungen innerhalb des BRICS-Blocks, dem, von China angeführt, jede Kampfansage gegenüber dem Norden schwerfällt. Sie bevorzugen daher ein passives Vorgehen, indem sie Handelsbeziehungen untereinander aufbauen und mit der potenziellen BRICS-Bank ein Entwicklungsprogramm für den Süden formen, das sich um ihre eigenen Wachstumsprogramme drehen soll. Ein frontaler Angriff auf die institutionelle Hegemonie des Nordens oder den neoliberalen politischen Rahmen findet nicht statt. BRICS ist – bis jetzt – ein *konservativer* Versuch der treibenden Kräfte des Südens, sich selbst dorthin zu befördern, wo ihrer Ansicht nach ihr Platz auf der Weltbühne ist.

Trotzdem war der Norden verblüfft über das Aufkommen der BRICS-Staaten. Während der dunkelsten Phase der Kreditkrise versuchte die G8, jene Staaten des Südens, die einen Überschuss erwirtschafteten, in ihre eigene Agenda zu integrieren. Die G20 wurde einzig zu diesem Zweck wiederbelebt und hielt ihren

ersten Gipfel 2008 in Washington unter der Führung von US-Präsident George W. Bush ab. Die Angelegenheit schien so ernst, dass die G20 in den Jahren 2009 und 2010 sogar zweimal jährlich zusammenkam – mit den Gipfeln in London und Pittsburgh 2009, die gehalten wurden, um den Süden zu überreden, seinen Überschuss zugunsten des kränkelnden Nordens zurückzufahren. Es wurde bemerkenswert viel über eine Partnerrolle der aufkommenden BRICS-Staaten gesprochen. Bei einem Treffen in Neu-Delhi 2008 erklärte der französische Präsident Nicolas Sarkozy gegenüber Wirtschaftsvertretern, er wünsche sich, dass „der nächste G8- sich in einen G13-Gipfel verwandelt.“

Diese öffentlichen Erklärungen blieben Lippenbekenntnisse. Eine viel ehrlichere Einschätzung kam vom US-Botschafter in Frankreich, Craig R. Stapleton, der im Oktober 2010 gegenüber dem früheren französischen Premierminister Michel Rocard erklärte:

Wir brauchen ein Vehikel, mit dem wir Lösungen für diese Herausforderungen [das Wachstum Indiens und Chinas] finden können, so dass wir, wenn diese Monster in zehn Jahren ankommen, in der Lage sind, mit ihnen umzugehen.

Die Entstehung des BRICS-Blocks

Um die BRICS zu verstehen, muss man bis in die 1980er Jahre zurückgehen, als mit dem Scheitern des „Dritte-Welt-Projekts“ auch die Entwicklungsagenda zusammenbrach. Die neue Gruppierung entstand im Zuge dieser Niederlage und der katastrophalen Politik der neoliberalen Ära. Lässt man diesen Kontext außer Acht, könnte man schlichtweg meinen, die BRICS-Staaten wären eine Gruppe von Ländern, die sich aus opportunistischen Gründen in einem Moment der Schwäche des Nordens

(angesichts der Finanzkrise und der Überschuldung durch die Kriege der 2000er Jahre) zusammengetan hätten. Tatsächlich leitet sich ihre Agenda nicht aus dem Opportunismus ab, sondern vom IBSA-Dialogforum (IBSA für Indien, Brasilien, Südafrika). Dieses wiederum entstand aus einem neuen Impuls des Südens heraus, der sich in Lateinamerika und den „Lokomotiven des Südens“ offenbarte. Diese geschichtliche Entwicklung liefert die beste Erklärung für die Art von Dynamik, die bei den

BRICS-Staaten sichtbar wird, ebenso wie für deren Grenzen. Die Vorgeschichte des BRICS-Blocks muss in zwei miteinander verbundenen Prozessen verortet werden: a) dem Scheitern des „Dritte-Welt-Projekts“, und b) dem Aufkommen des vom Norden angeführten Neoliberalismus.

Das Scheitern des „Dritte-Welt-Projekts“

Das „Dritte-Welt-Projekt“ (1928-1983) war ein ideologischer und institutioneller Anstoß der neuen Nationalstaaten aus der ehemals kolonialisierten Welt. Es basierte auf den Ideen der politischen Blockfreiheit sowohl vom westlichen Atlantischen Bündnis als auch von der Sowjetunion (institutionell verortet in der Bewegung der Blockfreien Staaten, NAM), des wirtschaftlichen Dirigismus und der Strategien der Importsubstitution (institutionell verortet in der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung, UNCTAD) und sozialen und kulturellen Verflechtungen gegen rassistische Hierarchien (institutionell verortet in UN-Organen wie der UNESCO). Die Staaten der Dritten Welt schufen mittels der UNO – insbesondere durch die UNCTAD – ihre eigenen institutionellen Grundlagen: durch ihren Block in den Vereinten Nationen, die G77; durch ihre eigene multilaterale Plattform, die NAM; und durch eine Vielzahl von anderen regelmäßigen Foren und Organisationen. Mittels dieser Institutionen war das „Dritte-Welt-Projekt“ in der Lage, seine eigene ideologische und strategische Sicht geltend zu machen – gegen die kolonialen Gepflogenheiten der politischen und wirtschaftlichen *Seigniorage* des Nordens.

Das „Dritte-Welt-Projekt“ entwickelte eine weitreichende Agenda, um gegen das Erbe der Kolonialherrschaft und der dadurch in der Neuen Welt hervorgerufenen Ungleichheit der 1950er und 1960er Jahre anzukämpfen. Ein zentraler

Aspekt des Projektes war ökonomischer Wandel. Die koloniale Gewohnheit, Territorien in Monokulturproduzenten zu verwandeln, lieferte viele der kleineren neuen Staaten dem Weltmarkt aus, wo die Preise für ihre einzige Anbaukultur festgesetzt wurden. Dies ist der Hauptgrund dafür, dass das Projekt auf die Schaffung von Rohstoffkartellen setzte, von denen das erfolgreichste die Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) war. Aufgrund der Schwankungen bei den Rohstoffpreisen versuchte das Projekt im Rahmen der UNCTAD einen Stabilisierungsfonds einzurichten, der die Preisausschläge nach oben und unten abfedern sollte. Dieser sinnvolle politische Vorschlag wurde auf Druck des Nordens vom Tisch gefegt.

Das Projekt selbst konstituierte sich politisch um die Theorie der Blockfreiheit, was praktisch eine Ablehnung der Logik des Kalten Krieges bedeutete. Wenn die neuen Staaten das Lager der einen oder der anderen Supermacht betraten, war es unausweichlich, dass sie ihre militärische Schlagkraft erweiterten. Der damit verbundene Kostenaufwand unterminierte schließlich ihre Fähigkeit, ein Entwicklungsprogramm umzusetzen. Der Druck der Supermächte war jedenfalls zu groß, als dass die NAM ihrer Agenda einen hegemonialen Charakter hätte verschaffen können.

Die kulturelle Politik des Projekts entsprach völlig der postkolonialen Ansicht, wonach für die neuen Nationalstaaten keine Notwendigkeit bestand, sich in Bezug auf ihr kulturelles Wohl einzig auf ihre frühere Kolonialmacht zu beziehen. Kulturelle Organisationen und der Austausch von Kulturprodukten zwischen neuen Nationalstaaten sorgten dafür, dass neue Verbindungen geknüpft wurden. Die Ideen des Panafrikanismus, Panasianismus, Lateinamerikanismus und natürlich des *Tiersmondisme* sind zentral für diesen Aspekt. Nur Teile dieser Ideen überlebten den Kollaps des „Dritte-Welt-Projekts“ in den 1980er Jahren.

Die Schuldenkrise der frühen 1980er Jahre, erzeugt durch den Volcker-Schock 1979, zerschmetterte die Basis des „Dritte-Welt-Projekts“. In US-Dollar gezeichnete Schulden nahmen zu und häuften sich aus einer Vielzahl von Gründen an, angefangen bei größeren Konsumbedürfnissen der neuen Eliten, inklusive Waffenkäufen, bis hin zu einem höherem Bedarf an ausländischem Kapital für die Infrastrukturentwicklung. Die einfache Verzinsung von Darlehen in US-Dollar stieg um 21 Prozent. Haushaltsüberschüsse verwandelten sich in katastrophale Defizite, weil Länder nicht länger in der Lage waren, ihre grundlegendsten Finanzverpflichtungen zu erfüllen. In diesem Moment brach das Projekt einer vereinten Dritten Welt zusammen.

Es war das Geld, das eine einheitliche Front der Dritten Welt gegen ihre Kreditgeber verhinderte. Eine solche hatte Fidel Castro auf dem NAM-Treffen in Neu-Delhi 1983 vorgeschlagen. Man hörte ernsthaft zu, ließ den Vorschlag dann aber unbeachtet. Der Pariser Club (der offiziellen Geberländer) und der Londoner Club (der privaten Geldgeber) setzten sich mit jedem verschuldeten Staat einzeln zusammen – alles im Namen der Vertraulichkeit und des Handels. Jedes Land erhielt so seine Reformdosis, meistens unter dem Titel der „Strukturanpassungen“. Dies bedeutete natürlich, dass ein kurzfristiges Zahlungsbilanzproblem nicht länger als Liquiditätsproblem behandelt werden konnte. Es wurde zu einem Problem der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen und der Werte gemacht, und das bedeutete, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) und seine zahlreichen Organisationen nun Eingang finden und den weiteren Weg eines Landes bestimmen konnten.

Das Aufkommen des vom Norden angeführten Neoliberalismus

Aus den Ruinen des „Dritte-Welt-Projekts“ erwuchs die ideologische und institutionelle He-

gemonie des Neoliberalismus. Der aufstrebende Neoliberalismus eroberte die Welt auf dem Rücken der Schulden- bzw. Liquiditätskrise der 1980er Jahre.

Das zentrale Dogma des Neoliberalismus besagt, dass der Staat weder im wirtschaftlichen noch im sozialen Sektor tätig sein soll. Mit dem Zusammenbruch des „Dritte-Welt-Projekts“ und der europäischen Sozialdemokratie in den 1980er Jahren rückten ehemals marginale neoliberale Ideen in den Fokus. Die vom Norden dominierten Institutionen und der globale Finanzsektor drängten auf eine Reduzierung der Rolle des Staates im sozialen Bereich und auf eine eingeschränkte Souveränität der Staaten insgesamt. Ein Weg, dieses Ziel zu erreichen, bestand für den IWF beispielsweise darin, eine politische Agenda zu setzen, die den Staat dazu aufrief, Sozialausgaben für die Bedürfnisse der Menschen zu kürzen und diese Aufgabe – im Namen der Effizienz – dem privaten (Unternehmens-)Sektor zu überlassen. Privatisierung war, kurz gesagt, die scharfe Klinge des neoliberalen Programms. Diese politischen Ratschläge kamen nicht im politischen oder ideologischen Gewand daher, sprich: als Ergebnis der neoliberalen Logik. Vielmehr bedrängten der IWF und die mit ihm verbundenen Organisationen die Staaten der Dritten Welt, Wirtschaft nicht länger als ein Set ideologischer und politischer Praktiken anzusehen. Sie wurden aufgefordert, alles der „Effizienz“ unterzuordnen, oder anders ausgedrückt: einem vermeintlich technokratischen Ansatz des Umgangs mit der öffentlichen Ordnung. Der Neoliberalismus trug eher eine technokratische als eine ideologische oder politische Maske.

Die politische Agenda des Neoliberalismus erschien gemeinsam mit einer neuen Architektur für globale Produktion und globalen Handel auf der Bildfläche – nämlich der Globalisierung. Aus vielen Gründen waren Löhne im Norden erheblich höher als im Süden; vor allem in Ostasien wurden für ähnlich gut aus-

gebildete Facharbeiter viel niedrigere Löhne gezahlt. Die Unternehmen waren begierig darauf, sich in diesen neuen Regionen anzusiedeln, doch dafür musste zunächst zweierlei implementiert werden: neue *Technologien*, die diese Neuansiedlung von Produktionslinien möglich machten, und neue *Rechtsvorschriften*, um das Eigentum der Firmen zu sichern. Computer, Containerschiffe und Netzwerke für sichere Kommunikation versetzten Unternehmen in die Lage, ihre Produktionslinien in Regionen wie den Asien-Pazifik-Raum, die Karibik oder Zentralamerika auszulagern. Die Technologie ermöglichte es Unternehmen, den Produktionsprozess aufzuteilen und einzelne Glieder der Produktionskette in verschiedene Länder auszulagern. Dies bedeutete, dass Staaten nicht länger die Kontrolle über den Produktionsprozess würden ausüben können. Verstaatlichte ein Land seinen Teil der Handelskette, wäre es trotzdem auf die Gnade des multinationalen Konzerns angewiesen, dessen letztendliche Kontrolle über die gesamte Produktionskette es dem nationalisierenden Staat unmöglich macht, seinerseits irgendeine Kontrolle über die Interaktion auszuüben. Die Globalisierung schwächte nicht nur die Fähigkeit des Staates, seine eigene Politik festzulegen, sondern reduzierte auch die möglichen politischen Optionen von Staaten (Verstaatlichung), ihre Volkswirtschaften zu stärken.

Im Herzen des neuen internationalen Eigentumsrechts steht das Recht am geistigen Eigentum. Diese neue Ordnung heißt „Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum“ (TRIPS) und ist das Hauptergebnis der Uruguay-Runde zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT). Durch das TRIPS-Abkommen wird nicht mehr die Herstellung einer Ware patentiert, wodurch Wettbewerber bislang die Möglichkeit hatten, neue Wege zur Produktion desselben Endprodukts durch Reverse-Engineering oder unabhängige Entwicklungen zu finden. Patente werden nun stattdessen auf das Produkt

selbst vergeben. Für die im Norden angesiedelten transnationalen Unternehmen war dies ein entscheidender Faktor für die Verlagerung ihrer Produktion nach Übersee und den Erhalt der Kontrolle über ihre im Ausland hergestellten Waren. Staaten konnten nicht länger die Kontrolle über diese Firmen ausüben, deren Urkunden nun dem Gesetz und der Macht des Nordens unterstanden. Darin bestand der Zauber der Globalisierung.

Während der Ära des „Dritte-Welt-Projekts“ versuchten die Staaten des Südens, politische und Handelsbeziehungen über Staatsgrenzen hinweg zu entwickeln, um Wohlergehen und Solidarität – die Basis ihres Projekts – zu fördern. Nun hatten diese Staaten Anweisungen aus dem IWF-Hauptquartier entgegenzunehmen. Angesichts der abnehmenden Machtbasis der Sowjetunion waren alle Augen auf das IWF-Hauptquartier in Washington gerichtet. Auch in Sachen Politik hatten sich alle in Richtung Washington zu wenden – dieses Mal, um Marschbefehle in Fragen der Sicherheit zu erhalten.

Das „Nabe-und-Speichen“-Modell (*hub and spokes system*) begann in den 1980er Jahren und besteht noch immer, wobei es sich jetzt auf Theorien der Terrorismusbekämpfung stützt. Die Vereinigten Staaten stellen dabei die Nabe dar und deren Verbündete die Speichen, welche die Kräfte des Chaos (den Reifen) in Schach halten sollen. Als Teil dieser Strategie wurde das Modell der US-Militärbasen und ihrer extraterritorialen Rechtssprechung unerlässlich. Militärische Allianzen mit dem Westen wurden geschmiedet, und man begann, gemeinsame Militärübungen abzuhalten. Das Pentagon entwickelte die Theorie der „Interoperabilität“, wonach die US-Streitkräfte mit denen ihrer Alliierten und befreundeter Staaten abgestimmt würden. Ihre Manöverübungen erlaubten es den US-Streitkräften, die Operationen bewaffneter Truppen rund um den Globus ihren eigenen Vorstellungen anzupassen. Militärbasen

aus der Zeit des Kalten Krieges wurden zu *Co-operative Security Locations* ausgebaut, zu „unauffälligen Stützpunkten“, wie es die US-Botschafterin für die NATO Victoria Nuland bezeichnete, geleitet von einem „pensionierten Nicht-Kriegsteilnehmer“, der die notwendigen Arbeiten für den laufenden Betrieb der Basis auslagert oder dafür Subunternehmen unter Vertrag nimmt. Terroristische Bedrohungen und Piraterie ermöglichten es den Vereinigten Staaten, ihr Programm über das der Regionen zu stellen, in denen sie operierten. Dies kulminierte im Krieg gegen den Terror in den 2000er Jahren, als die Vereinigten Staaten versuchten, ihre eigene Agenda zur Sicherheitsagenda des Planeten zu machen. Dies stellte den Höhepunkt der US-Vormachtstellung dar.

Die Staaten des früheren „Dritte-Welt-Projekts“ waren in den beginnenden 1990er Jahren nicht länger in der Lage, ihre Souveränität zu behaupten. Ihnen wurden vom Norden und dessen Institutionen (inklusive und immer häufiger von der UNO und ihren Organen) Beschränkungen auferlegt. Am Ende dieses Jahrzehnts fanden sich die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas in einer Abhängigkeitsbeziehung wieder (Klientelismus), mit sehr wenig Raum, sich um ihre eigenen Bedürfnisse zu kümmern. Die Bush-Agenda der 2000er Jahre verdeutlichte nicht nur die veränderte Position dieser drei Kontinente, sie zelebrierte sie auch noch in abgeschmackten Zurschaustellungen des Amerikanismus. Bei einer 2004 durchgeführten Umfrage der BBC wurden Bewohner aus 21 Ländern gefragt, wie sie zu einer möglichen Wiederwahl von Präsident George W. Bush stünden, der zur Verkörperung des Siegeszuges des Nordens geworden war. Eine absolute Mehrheit der Menschen in 16 Ländern und eine relative Mehrheit in zwei weiteren glaubten, dass seine Wiederwahl schädlich für den Weltfrieden und die Sicherheit sein würde. Dass Bush dann wiedergewählt wurde, bestätigte den allgemeinen Eindruck, dass der Rest der Welt einen Mechanismus finden musste,

sich vom Druck der Vereinigten Staaten, und im Grunde der Vorherrschaft des Nordens, zu befreien.

Die blutleere Macht des Nordens

Die ersten Signale für eine solche kollektive Plattform des Südens sollten in den frühen 2000er Jahren zu sehen sein, als sich verschiedene Dynamiken gleichzeitig entwickelten.

Als die Vereinigten Staaten ihre beiden Fronten im Krieg gegen den Terror eröffneten – gegen Afghanistan und den Irak – konnten die großen sozialen und politischen Entwicklungen in Lateinamerika und der Karibik relativ frei zur Entfaltung kommen. In Venezuela hatten Wahlen bereits die Regierung von Hugo Chávez an die Macht gebracht (1999), der bald regionale Unterstützung durch die Wahl von linksgerichteten Regierungen in Chile (2000), Brasilien (2003), Argentinien (2003), Uruguay (2005), Bolivien (2006), Honduras (2006), Ecuador (2007), Nicaragua (2007), Paraguay (2008), El Salvador (2009) und Peru (2011) erhalten sollte. Ein von den USA gestützter Putschversuch gegen Chávez im Jahr 2002 scheiterte, und abgesehen vom Erfolg der von den USA unterstützten Putsche in Honduras 2009 und in Paraguay 2012 konnte die Dynamik des sogenannten Bolivarianismus ihren Einfluss in der Region festigen.

Die geschwächte Wirtschaft und schwindende militärische Macht des Nordens ermöglichten es den Ländern Lateinamerikas, diese Wahlsiege in eine offene Kampfansage an die Hegemonie des Nordens umzumünzen. Venezuela führte die Bewegung an, die auf Druck der USA eingeführte neoliberale Gesamtamerikanische Freihandelszone (FTAA, 2005) aufzulösen, und ersetzte sie durch die Bolivarianische Allianz für die Völker unseres Amerika (ALBA). Diese sollte aufbauen auf der Petro-Dollar-Diplomatie Venezuelas (durch Petrocaribe und Petro-sur) und auf die neu geschmiedete Handels-

allianz zwischen Venezuela und Kuba (2004). Mittels der Bank des Südens und der virtuellen Währung des Sucre sollte sie zu bescheidenen Verbindungen im Währungssektor führen.

Die Regierung Chávez verfolgte auch eine kulturelle Agenda mittels eines regionalen Fernsehkanals (TeleSur) und des Austausches innerhalb der Hemisphäre, um enge Bindungen von Mensch zu Mensch zu schaffen, als das menschliche Antlitz der wirtschaftlichen Vereinbarungen. Im Jahr 2010 erhielt die Einheit der Region mit der Schaffung der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) eine organisatorische Klammer, an der die Vereinigten Staaten – anders als an der 1948 gegründeten Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) – nicht länger beteiligt waren. ALBA und CELAC untermauerten das Ende der US-Vorherrschaft in der Region, eine Folge der bolivianischen Agenda von Chávez. Sogar Kolumbien, als wichtigster Verbündeter in der Region, musste, sehr zum Verdruss Washingtons, der CELAC beitreten. Südamerika war die erste Region, die das rigide System des Neoliberalismus verließ.

Die blutleere Macht des Nordens ermöglichte den lateinamerikanischen Durchbruch. Eine umfassende, nach innen gerichtete Analyse der Schwäche des Nordens hatte es bis zur Kreditkrise des Jahres 2007 nicht gegeben, obgleich die Anzeichen aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und des politischen Durchbruchs, den die Lateinamerikaner bewirkt hatten, offensichtlich waren. Der Norden erkannte langsam, dass, ungeachtet des Schutzes des geistigen Eigentums, der Export von Jobs zwar seine multinationalen Unternehmen und sein reichstes 1% reicher gemacht, gleichzeitig aber seine eigenen Volkswirtschaften ausgehöhlt hatte. Diese basierten nun auf kreditinduziertem Konsum, auf einer Immobilien- und Finanzspekulation, die in vielen Fällen mit Hilfe von Kreditkartenschulden, Hypothe-

kenschulden und der Altersvorsorge finanziert wurde. Bereits vor der Kreditklemme 2007 begann der IWF in seinen Berichten vor „globalen Missverhältnissen“ zu warnen. So erklärte Raghuram Rajan, Leiter der IWF-Forschungsabteilung, im Jahr 2005: „Die USA müssen ihren schuldengetriebenen Konsumismus drosseln, und China muss die Möglichkeiten der eigenen Bevölkerung verbessern, mehr zu konsumieren.“

Das fehlende Eingeständnis der Finanzprobleme der nordatlantischen Staaten drückte sich in einer dreisten politischen Attitüde gegenüber dem Rest der Welt aus, und zwar in beiden Sphären: der politischen und der militärischen. Eine aggressive Haltung, die durch den Menschenrechtsinterventionismus gerechtfertigt wurde, begann die Manöver des Nordens in internationalen Organisationen zu charakterisieren. Dieses Auftreten, für das es auf militärischem Gebiet zweifelsfrei eine faktische Entsprechung gab, war bei ökonomischen Debatten trügerisch. Die Arroganz begann mit den neu aufstrebenden Ländern des Südens zu kollidieren, die ihr demographisches und ökonomisches Entwicklungspotenzial nicht hinreichend auf der Weltbühne gewürdigt sahen. 2003 versuchte der Vorsitzende der NAM, der südafrikanische Präsident Thabo Mbeki, dem überstürzten Krieg der USA gegen den Irak eine friedliche Lösung entgegenzusetzen. Massive Straßenproteste quer durch den Süden (und den Norden) schienen eine friedliche Einigung zu stützen. Die USA drängten Südafrika, den irakischen Botschafter auszuweisen – und scheiterten. Sie zogen dann trotzdem in den Krieg, unter Missachtung der Stimme der Straße und der NAM. Der US-Einmarsch in den Irak stellte eine schrille Warnung vor einem außer Kontrolle geratenen Weltsystem dar, in dem es einem Staat möglich ist, sämtliche zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um sich seiner Gegner zu entledigen. Endloses Kriegstreiben, beginnend 2001 mit Afghanistan und sich intensivierend 2003

im Irak, sowie eine kostspielige Expansion der Militärmacht in den Pazifik, in den Indischen Ozean und nach Afrika hinein führten zu einem gleichzeitigen Rückgang der Fähigkeit der USA zur Machtprojektion – ihre Kapazitäten waren zu ausgedünnt, und sie gaben einen zu hohen Anteil ihres Haushalts für das Militär aus (die Kosten des „Kriegs gegen den Terror“ beliefen sich in den ersten zehn Jahren auf 7,6 Billionen US-Dollar).

Der in Kriege versunkene und mit einem Finanzsystem am Rande des Zusammenbruchs konfrontierte Norden sah, dass die demographisch bedeutsamen Länder des Südens, allen voran China und Indien, inzwischen ihre eigene Version des Neoliberalismus entwickelt hatten, um ihre Wachstumsraten zu steigern. Die gewaltige industrielle Antriebskraft Chinas und Indiens Hervortreten als Dienstleister legten nahe, dass diese Länder nun bereit dafür waren, entweder dem Norden beim Management des Planeten behilflich zu sein oder ihn zu ersetzen. Ersteres schien realistischer und dem Temperament der Führung des Südens eher zu entsprechen, weshalb sie dem Vorschlag zustimmten, die G20 als Mechanismus für das Management des Planeten zu nutzen. Das Aufkommen des Südens basierte jedoch auf hohen Rohstoffpreisen und niedrigen Löhnen, auf den Widersprüchen der Globalisierung, die nun den Staaten des Südens zugute kamen, selbst wenn deren Bevölkerungen nicht davon profitieren konnten.

Der rechtliche Rahmen für den Schutz des geistigen Eigentums und die rigiden Handelsbestimmungen begannen an die Grenzen dessen zu stoßen, was vom Süden her möglich war. HIV/AIDS-Medikamente boten einen ebenso geeigneten Test dafür, wie es die Baumwollsubventionen im Globalen Norden taten. Die Länder des Nordens verweigerten sich einem ehrlichen Dialog über Handel und Entwicklung. Sie beharrten darauf, dass Subventionen für die Landwirtschaft des Nordens ihre eigenen

Freihandelsvorgaben nicht verletzen. Das erzürnte den Süden auf dem Treffen der Welthandelsorganisation (WTO). Brasilien, China, Indien, Südafrika, die „Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder“ (Least Developed Countries, LDC) und der Block der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP-Staaten) hielten dem Druck des Generalsekretärs der WTO, Pascal Lamy, stand, die Organisation zu einem „Kompromiss zu führen“, was einen Sieg des Nordens bedeutet hätte. Der Süden setzte sich durch, und Lamy lamentierte, die WTO bleibe „eine mittelalterliche Organisation“, womit er meinte, dass sie dem Norden gegenüber nicht fügsam war. Nicht einmal die nachgiebigeren Staaten des Südens, wie China und Indien, konnten mit dem Norden einer Meinung sein, denn dessen Überlegenheitsanspruch verhinderte eine echte Partnerschaft innerhalb der G20. Unterschiedliche nationale Interessen auf der Achse der Nord-Süd-Beziehungen bedeuteten, dass die G20 zum Scheitern verurteilt war.

Das IBSA-Dialogforum

Dies war der Hintergrund, vor dem die Außenminister Brasiliens, Indiens und Südafrikas im Juni 2003 im französischen Evian zusammenkamen. Celso Amorim (Brasilien), Yashwant Sinha (Indien) and Nkosazana Dlamini-Zuma (Südafrika) formulierten ein Protokoll zur Gründung einer neuen Organisation. Die drei trafen sich erneut in Brasilien, wo sie die „Deklaration von Brasilia“ veröffentlichten. Aus diesen Debatten entstand das Indien-Brasilien-Südafrika-Dialogforum (IBSA-Dialogforum), das seither jährlich abgehalten worden ist und zudem unzählige Arbeitsgruppen ins Leben gerufen hat.

Die Deklaration von Brasilia ist zurückhaltend formuliert. Sie stellt eine Zusammenfassung ähnlicher, von den drei Ländern über die Jahre unterstützter Initiativen dar. Die Idee einer neuen Vereinigung war schon früher vorge-

schlagen worden, als eine Art G7 des Südens oder, wie es in einem südafrikanischen Handelsdokument von 2001 heißt, als G-Süden (*G-South*). Nichts deutet im Ton oder in der Wortwahl des neu geschaffenen IBSA-Dialogforums auf eine Revision der Weltordnung hin. Das Dialogforum begann behutsam, indem es die bisherigen Prinzipien der Weltordnung hochhielt und lediglich darum bat, deren Rahmen zu erweitern, um ein Aufrücken dieser drei Länder in die Führungsriege zu ermöglichen. Vor dem Hintergrund des Irakkrieges und der Durchsetzung von Washingtons Vorherrschaft verwundert es nicht, dass das zentrale Prinzip des IBSA-Dialogforums die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit war. Am Anfang ihres Kommuniqués warben die Außenminister für die „Bedeutung der Achtung des Internationalen Rechts, gestützt durch eine Stärkung der Vereinten Nationen und des UN-Sicherheitsrats sowie durch die Priorisierung der Diplomatie als Mittel zum Erhalt des weltweiten Friedens und der Sicherheit.“ Statt für einen Umbau der internationalen Institutionen zu plädieren, wollte das IBSA deren Erweiterung erreichen, um sie dadurch demokratischer zu machen. Konkret bedeutete dies, dass die IBSA-Mitglieder einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat und mehr Stimmen bei IWF und Weltbank einforderten.

Es ist wichtig anzumerken, dass die Idee der Multi-Polarität bzw. der multilateralen Diplomatie in den 1990er Jahren aufkam, um das Agieren der Länder außerhalb des Orbits der US-Vorherrschaft zu beschreiben. Als China die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) ins Leben rief, um sich mit dem Problem der Taliban in Afghanistan (1996) zu befassen, sprach es von der Notwendigkeit einer multipolaren und regionalen Lösung dieser Gefahr. Nach dem 11. September 2001 erklärte Chinas Ministerpräsident, Hu Jintao, vor einer europäischen Zuhörerschaft: „Multipolarität bildet eine wichtige Grundlage für den Weltfrieden, und die Demokratisierung

internationaler Beziehungen ist ein essenzieller Garant für den Frieden.“ In einer Erklärung, die von der chinesischen und der indischen Regierung im Januar 2005 unterzeichnet wurde, argumentieren diese, „dass die gegenwärtige, durch Globalisierung gekennzeichnete internationale Situation sowohl eine Chance als auch eine Herausforderung darstellt.“

Die Situation erfordert, dass internationale Beziehungen demokratisch und deshalb multipolar sind. Im Dezember 2004 versammelten sich die Länder Südamerikas im peruanischen Cusco, um die Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) ins Leben zu rufen. Deren internationale Beziehungen „basieren auf der Bekräftigung der tatsächlichen Ausübung des Multilateralismus, wodurch wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der weltweiten Agenda eng und effektiv miteinander verbunden werden.“ Es waren genau diese Ansätze eines multipolaren Regionalismus, die zuerst ihren Weg in das IBSA-Dialogforum und später in den BRICS-Block finden sollten.

Das zweitwichtigste Prinzip des IBSA-Dialogforums bestand darin, „den Nutzen der Globalisierung zu maximieren und sicherzustellen, dass daraus eine positive Kraft für nachhaltiges Wachstum in allen Entwicklungsländern erwächst.“ Die Idee des „nachhaltigen Wachstums“ an der Seite der Globalisierung deutet darauf hin, dass das IBSA-Dialogforum nichts gegen die Vorstellung einzuwenden hat, dass das exportorientierte Wachstum („Globalisierung“) selbst nicht für die entsetzliche soziale Krise verantwortlich ist, die auf dem Planeten ausgebrochen ist. Es gibt keinen großen alternativen Entwurf, der wegführt vom Neoliberalismus, wie er in den späten 1980er Jahren vom Norden etabliert wurde – der neue Aufbruch muss innerhalb der Grenzen einer Politik entstehen, die den Privatsektor gegenüber dem öffentlichen Sektor favorisiert, Finanzkapital über industrielles Kapital (und zweifelsohne auch über die Arbeiterinnen und Arbeiter)

ter) sowie durch Kredite ermöglichten Konsum über die Produktion sozialer Güter stellt.

Auf diesen beiden Prinzipien fußt das IBSA-Dialogforum. Drei Länder, egal wie bedeutend sie sind, können jedoch keinen Einfluss auf eine Welt ausüben, die von der Macht der Nordatlantikmächte gefesselt ist. Beim Treffen der NAM-Staaten in Kubas Hauptstadt Havanna im September 2006 betonte Mbeki, dass „uns die Menschenmassen immer drängen, mit einer geeinten Stimme zu sprechen“ und „die Stärkung der Süd-Süd-Kooperation geholfen hat, eine kräftigere Stimme für die Entwicklungsländer in multilateralen Foren zu entwickeln.“ Ab dem Jahr 2003 beanspruchte das IBSA-Dialogforum, als Teil der NAM, für den Süden zu sprechen.

Das IBSA-Dialogforum stellte – ebenso wie später die BRICS-Staaten – gegenüber dem Globalen Norden keine konfrontative Agenda auf. Die grundlegende Feststellung bestand darin, dass unfaire Praktiken des Nordens die Wachstumsmöglichkeiten des Südens bei Fragen der Handelsbestimmungen, Subventionen, Technologietransfers und Finanzen behinderten. In Cancún (2003) wurden Subventionen und Handelsbestimmungen als Problem behandelt, bei den verschiedenen Klimakonferenzen war es der Technologietransfer. Und am Rande der G8-Gipfel wurden die fehlenden Hilfen und die Willkür ausländischer Direktinvestitionen problematisiert. Aufgrund der Unnachgiebigkeit des Nordens in vielen dieser Fragen begann das IBSA-Dialogforum von der „Süd-Süd-Kooperation“ zu sprechen, um auf die Notwendigkeit des Handels innerhalb des Südens im Allgemeinen, und zwischen ihren drei Staaten im Besonderen, hinzuweisen. Man sah darin einen Weg, die – in den eigenen Augen – unfaire und durch den Norden beförderte Geographie des Handels zu umgehen.

In Cancún und Kopenhagen gesellte sich China zu den Gesprächen hinzu und unterstützte

das IBSA-Dialogforum und dessen Süd-Konstellation durch sein Gewicht. Das war ein beispielloser Vorgang. Auf der Ministerkonferenz der WTO 2005 in Hongkong hatte China sich noch zurückgehalten. Seit das Land 2001 der WTO beigetreten war, hatte Pekings diplomatische Linie darin bestanden, „zu helfen, die Dominanz auszugleichen“ – die Dominanz der Vereinigten Staaten, Japans, der Europäischen Union und Kanadas (der Vierergruppe). Einige Jahre später sah die Sache ein wenig anders aus. Der enorme chinesische Handelsüberschuss gegenüber Europa und den Vereinigten Staaten, ebenso wie Chinas Aufstieg zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht weltweit (nach den USA), führten zu einem beträchtlich gesteigerten Vertrauen darin, dass China internationale Beziehungen gemäß seiner eigenen Interessen gestalten konnte. Chinas Außenpolitik war nicht länger von der Frage nach Taiwans Rolle in der Welt gefangen. Peking begann jetzt in diesen Weltforen als ein zurückhaltender Führer des Südens zu agieren. Eine entnervte NAM hatte versucht, sich selbst mittels der G15 voranzubringen. Deren Scheitern führte dann zur Bildung des IBSA-Dialogforums. Es war offensichtlich, dass die Haupterfolge des Dialogforums zu verzeichnen waren, seit es von China unterstützt wurde. „China ist das Schwergewicht der Gruppe“, sagte diesbezüglich ein Analyst. „Sie haben die großen Reserven. Sie sind der größte potenzielle Markt.“

Der Einzug von China und Russland in die Debatten des IBSA-Dialogforums im Jahr 2005 markierte den Entstehungsprozess der BRICS.

Goldman Sachs

In den frühen 2000er Jahren wurden die Forschungsanalysten der größten Investmentbank, Goldman Sachs, auf den neuen Block des Südens aufmerksam. Einer der führenden Analysten, Jim O'Neill, prägte 2001 den Begriff BRIC für Brasilien, Russland, Indien und

China. O'Neill hatte keinen Sinn für Politik, bei ihm drehte sich alles um die Ökonomie. Für die Goldman-Sachs-Analysten war die Größe ausschlaggebend: Die BRICS-Staaten umfassten riesige Landflächen, auf denen große Bevölkerungen lebten, die nun begonnen hatten, enorme Mengen an Gütern und Dienstleistungen hervorzubringen. Brasilien und Russland exportierten Rohmaterialien nach Indien und China, die im Gegenzug Fabrikwaren und Handelsdienstleistungen lieferten. Der Transit zwischen diesen Giganten hatte das Potenzial, ohne Europa, Japan und die Vereinigten Staaten auszukommen, die bisher als Mittler für den größten Teil des Welthandels fungiert hatten. Die BRICS-Staaten würden nicht nur als größte Wirtschaftseinheiten des Planeten hervortreten, die Analysten hatten auch den Eindruck, dass der BRICS-Block das Potenzial besaß, den Norden zu verdrängen. Das Goldman-Sachs-Team schrieb 2003, die BRIC würden zum wichtigsten „Motor eines neuen Nachfragewachstums und einer neuen Kaufkraft“ werden, wodurch „der Effekt der alternden Bevölkerungen und des langsameren Wachstums in den fortgeschrittenen Industrieländern“ ausgeglichen würde. Goldman Sachs hoffte, dass das Potenzial der BRIC-Staaten den Norden vor der Krise der Deindustrialisierung und finanzieller Instabilität retten würde.

Endlich war eine Region der Welt aufgetaucht, um den finanziellen Überschuss aufzunehmen

und vielfältigste Güter zu kaufen. Goldman Sachs prognostizierte 2004, dass die BRIC-Staaten ihr Jahreseinkommen verdoppeln und somit Konsumenten des Nordens werden würden. China würde vorangehen, danach folgte Indien, mit rund 500 Millionen Menschen aus der BRIC-Bevölkerung, die in der Lage wären, ein Pro-Kopf-Einkommen in Höhe der G7-Staaten zu erreichen. Ungleichheit bestünde weiter, doch das war für Goldman Sachs nicht von Interesse. Sie sahen die BRIC (oder die aufkommenden Märkte) als Investment. „Wenn das Potenzial der BRIC ausgeschöpft ist, werden lokale Aktienmärkte möglicherweise weiterhin auf lange Sicht gute Investitionen sein“, heißt es in einem Goldman-Sachs-Papier von 2005.

Für Goldman Sachs spielten die BRIC nur eine ökonomische Rolle. Damit übersahen sie völlig die Dynamik, die sich von den G15 über das IBSA hin zum IBSA+C (auch BASIC genannt) erstreckte. Diese Bündnisse hatten gleichermaßen einen politischen Willen und wirtschaftliches Potenzial. Die wachsende ökonomische Bedeutung dieser Länder mündete jedoch nicht in entsprechendes politisches Gewicht. Es war der Widerspruch zwischen ihrer neuen wirtschaftlichen Macht und ihrer schwachen politischen Rolle, der den Raum für die Schaffung zunächst des IBSA-Dialogforums, dann der BASIC und schließlich der BRICS eröffnete.

Die BRICS-Agenda

Im IWF-Bericht von 2011 wird angedeutet, dass die Vereinigten Staaten 2016 nicht länger die größte Wirtschaftsmacht der Welt sein werden. Dies ist – um einen Ausspruch des Historikers Fernand Braudel zu entlehnen – ein „Anzeichen des Herbstes“ der atlantischen

Hegemonie. Signale des Niedergangs sind in den fragilen wirtschaftlichen Grundlagen der atlantischen Staaten erkennbar, wo die rote Warnlampe angesichts der Vorherrschaft des Finanzsektors in der Wirtschaft und des Anstiegs der Militärausgaben hell leuchtet. Seit

2001 haben allein die Vereinigten Staaten 7,6 Billionen US-Dollar für ihre Kriege und ihren nationalen Sicherheitsapparat ausgegeben. Hinzu kommen massive Kürzungen der Sozialausgaben und Steuervergünstigungen für Reiche. Als 1925 deutlich wurde, dass der Herbst des Vereinigten Königreichs bevorstand, erklärte Winston Churchill: „Ich würde es lieber sehen, der Finanzsektor wäre weniger stolz und die Industrie zufriedener.“ Diese Worte treffen auch auf die Herrschaft der Wall Street, der City of London und anderer Börsen über die Lebensadern der Gemeinwirtschaft zu.

Prognosen des IWF zufolge wird China im Jahr 2016 die größte Volkswirtschaft sein, doch scheint das Land es nicht darauf anzulegen, sich allein an die Spitze zu stellen. China scheint damit zufrieden zu sein, sich die Bühne mit den anderen BRICS-Staaten zu teilen und auf Multipolarität und ökonomische Vielfalt zu drängen. Tatsächlich betont China bei jeder Gelegenheit, dass es weder an einer Ära der Pekinger Vorherrschaft interessiert sei noch die verschiedenen multilateralen Plattformen nutzen wolle, um einen BRICS- oder einen Pekinger Konsens durchzusetzen. Es weist darauf hin, dass es ein Ungleichgewicht der Macht zum Vorteil des Nordens gebe und dieses Ungleichgewicht korrigiert werden müsse – mehr nicht.

Die umfassendste Erklärung der BRICS-Prinzipien war die „Deklaration von Neu-Delhi“ (2012). Viele der bereits 2009 bestehenden Elemente haben dort ihren vollständigsten Ausdruck gefunden.

1. Finanzreform

Die Finanzkrise seit 2007 wirft weiterhin ihre Schatten auf die BRICS-Staaten. Ihr Wachstumsmodell, das auf Exporte in den Norden sowie Handel untereinander basierte, hat unter

dem Rückgang der Nachfrage aus dem Norden gelitten. Deshalb obliegt es den BRICS-Staaten, entweder ein Programm zu erarbeiten, um sich aus der Abhängigkeit von der Nachfrage des Nordens zu befreien, oder dazu beizutragen, einen Weg zu finden, die Nachfrage im Norden wieder zu beleben. Bis jetzt haben die BRICS beides getan, vorwiegend mit einem kurzzeitigen Fokus auf die Neubelebung der Nachfrage des Nordens.

Insgesamt hat sich die Unterstützung für den vom IWF vorangetriebenen Neoliberalismus langsam abgenutzt. In der „Deklaration von Neu-Delhi“ drängen die BRICS-Staaten den Norden, eine „verantwortliche makroökonomische und finanzielle Politik“ zu verfolgen und entschlossenere Reformen ihres Finanzsystems vorzunehmen. Die Ansicht, dass der Norden nicht länger das Monopol auf gute Ideen zur Finanzpolitik innehat, führte zum Ruf nach einer institutionellen Verschiebung von der Kontrolle des Nordens hin zu einer Nord-Süd-Partnerschaft. Die G20 sollte das vorrangige Forum zum Schmieden eines globalen Aktionsplans werden, die Führung in IWF und Weltbank (inklusive der höchsten Führungsebene) auf eine breitere Basis gestellt und die UNCTAD – ein globales Organ, dessen politische Perspektive dem neoliberalen Konsens häufig kritisch gegenüberstand – gestärkt werden.

Im UNCTAD-Bericht von 2011 findet sich eine sorgsam erarbeitete Analyse über Macht und Einfluss des Finanzkapitals. Im Kapitel über Rohstoffmärkte wird argumentiert, dass der Rohstoffboom nicht mit einer wachsenden Nachfrage der BRICS-Staaten erklärt werden kann. Schuld daran seien hingegen Index-Investoren, Spekulanten, deren Rohstoffgeschäfte motiviert sind durch „Faktoren, die überhaupt keinen Bezug zu den Grundlagen der Rohstoffpreise haben.“ Im Bericht erklärt sich der Anstieg der Rohstoffpreise, einschließlich derer für Nahrungsmittel und Öl, mit

der größeren Präsenz von Finanzinvestoren, welche Warentermingeschäfte als eine Alternative zu Finanzanlagen in den Management-Entscheidungen ihres Portfolios ansehen. Da diese Marktteilnehmer jedoch kein Interesse am physischen Rohstoff haben und nicht auf der grundlegenden Basis von Angebot und Nachfrage handeln, können sie – einzeln oder als Gruppe – sehr große Anteile an den Rohstoffmärkten halten und dadurch einen beachtlichen Einfluss auf die Funktionsweise dieser Märkte ausüben.

Es kann keine Entwicklungsagenda geben ohne ernsthafte Überlegungen zu einer Finanzreform.

2. Entwicklungsagenda

Seit der faktischen Paralyse der Entwicklungsagenda von Cancún (2003) – oder vielleicht bereits seit Seattle (2000) – hat es wenig Bewegung bezüglich der Kernfragen sozialer Entwicklung gegeben. Das Gerede über die Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) hat sich als Vernebelungstaktik für unzureichende Maßnahmen auf globaler Ebene herausgestellt. Bei den MDGs handelt es sich um Ziele, deren Erreichung von den einzelnen Staaten verlangt wird. Es handelt sich nicht um einen möglichen Ersatz für eine umfassende Vereinbarung zu Rohstoffpreisen, Subventionen, Entwicklungsfinanzierung und Technologietransfers. Seit den 1970er Jahren, als die UNCTAD der zentrale Ort für derartige Debatten war, hat es keine substanzielle Diskussion dieser Angelegenheiten mehr gegeben. Seit die Rolle der UNCTAD marginalisiert wurde, hat der Süden seinen Platz am Verhandlungstisch verloren. Folglich hat es weniger einen Entwicklungsdialog, sondern vielmehr einen Entwicklungsmonolog mit dem IWF und der Strukturanpassungsagenda der Weltbank gegeben, die in der Maskerade einer Entwicklungsagenda daherkamen.

Die BRICS-Staaten rufen nun zu einer Neubelebung der Debatten über Entwicklung auf, inklusive der Schaffung einer neuen Entwicklungs-

bank (einer BRICS-Bank), der Wiederbelebung der Doha-Runde in multilateralem Gewand, dem Einimpfen eines Geistes des Technologietransfers jenseits des rigorosen Regimes intellektueller Eigentumsrechte des TRIPS-Abkommens und inklusive der Kooperation bei wichtigen Angelegenheiten, wie etwa Gesundheitsfürsorge, landwirtschaftlicher Produktion und Produktivität.

Weil er sich außerstande sieht, eigene Vorstellungen innerhalb der Weltbank durchzusetzen, wird der BRICS-Block nun eine BRICS-Entwicklungsbank mit einem Startkapital von ungefähr 50 Mrd. US-Dollar einrichten. Die Bank soll von China als Recycling-Mechanismus genutzt werden, um chinesische Überschüsse in Infrastruktur nicht nur in den anderen BRICS-Staaten (wo Indien und Südafrika die wichtigsten Beispiele sind), sondern auch im Rest des Südens zu investieren. Es wird geschätzt, dass die Kosten für die Infrastrukturentwicklung innerhalb der BRICS-Staaten sich auf rund 15 Billionen US-Dollar belaufen. Die Weltbank ist nicht nur wenig begeistert von einem derartigen Kostenaufwand, sondern zudem auch nicht einverstanden mit der Art der von den BRICS-Staaten für ihre Binnenmärkte und für die internationale Ebene erarbeiteten Entwicklungsvision.

3. Multipolarer Regionalismus

Letztlich haben die BRICS-Staaten begonnen darauf hinzuweisen, dass sie dem Norden, mit den Vereinigten Staaten an der Spitze, nicht länger erlauben wollen, die internationalen Angelegenheiten zu dominieren. Seit den späten 1980er Jahren hat der Norden die Kontrolle bei der Entscheidungsfindung in den Vereinten Nationen (mittels des Sicherheitsrates) übernommen und versucht, den meisten multinationalen Organen seine eigene Agenda überzustülpen. Das „Nabe-und-Speichen“-Modell für die Handhabung internationaler Beziehungen

kam Ende der 1990er Jahre auf. US-Militärbasen und extraterritoriale Rechtsprechung, begründet mit einem Menschenrechtsinterventionismus, bildeten die neue Architektur der globalen Weltordnung (der „Neuen Weltordnung“ des George H. W. Bush). Mit der US-Macht am Rande ihrer Möglichkeiten und regionalen Instanzen, die nun begannen, in die Bearbeitung regionaler Konflikte einzugreifen, beginnt sich das System aufzulösen.

Die BRICS-Staaten unterstützen jetzt die Idee einer UN-Reform, die auch eine Begrenzung der Befugnisse der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates vorsieht. Sie unterstützen zudem das Konzept einer „multilateralen Diplomatie“ anstatt der US-Vorherrschaft. Darin besteht eine signifikante Abkehr von der allgemeinen Zurückhaltung der BRICS-Staaten – vor allem Chinas –, die sich mit dem Eingreifen in Konflikte außerhalb ihrer Grenzen sehr schwertun.

Diese drei Punkte – Finanzreform, eine Entwicklungsagenda und multipolarer Regionalismus – bilden die Kernelemente der BRICS-Agenda.

Gipfel-Politik

Der 5. BRICS-Gipfel 2013 endete im südafrikanischen Durban mit minimalen Ergebnissen. Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika brachten keine größeren Initiativen ein. Sogar die lang erwartete BRICS-Entwicklungsbank (Punkt 9 der „eThekweni-Deklaration“ von Durban) wurde in einer kühlen Art und Weise angekündigt: „Wir sind übereingekommen, die neue Entwicklungsbank zu gründen.“ Dies scheint der Stil des BRICS-Blocks zu sein: Eine Art scheues Betreten der Weltbühne ohne das Ausbreiten bedeutender politischer Alternativen und ohne größere PR-Kampagne. Einer der Gründe für diese Schüchternheit besteht darin, dass die BRICS-Staaten keinen substanzvoll neuen Ansatz für die Themen der Welt haben.

Das liegt einerseits daran, dass sie durch die umfassende Übernahme neoliberaler Politik in ihren eigenen Ländern eingeschränkt sind, und andererseits, dass sie in einem Teufelskreis der Billigproduktion für die kreditgestützten Enklaven des Globalen Nordens gefangen sind. Die schwülstigen Worte von „nachhaltiger Entwicklung“ und „Armutreduzierung“ tauchen gemeinsam mit der altbekannten Plattitüden von der Notwendigkeit der Erhöhung ausländischer Direktinvestitionen und „der Unterstützung von Wachstum und dem Fördern finanzieller Stabilität“ auf. Angesichts eines zunehmenden Konsenses darüber, dass die in diesen Staaten verfolgten Wachstumsstrategien eher die Ungleichheit vergrößern als Armut zu verringern, werden die guten Vorsätze, die Armut auszumerzen, vom Mantra des Wachstums unterminiert.

Der BRICS-Block möchte seine neuen wirtschaftlichen Stärken in politische Macht ummünzen, besonders indem er sich selbst als führende Kraft für einen neuen Entwicklungsdialo positioniert. Indikatoren für einen alternativen Ansatz zum Fundamentalismus des freien Marktes des Nordens sind auf den BRICS-Foren und in der eThekweni-Deklaration deutlich geworden. So stellt der BRICS-Block etwa nicht zwangsweise den privaten Sektor über den öffentlichen, verbunden mit der Anerkennung „der bedeutenden Rolle, die öffentliche Unternehmen in der Wirtschaft spielen.“ Es ist natürlich bereits länger nicht mehr der Fall, dass der öffentliche Sektor allein zum Wohl der Menschen arbeitet – mit staatlichen Unternehmen, die oft als Steckenpferde der reichen Eliten fungieren. Dennoch ist der öffentliche Sektor ein entscheidender Wegbereiter für soziale Entwicklung in Bereichen wie Bildung, Gesundheitswesen und bei der Schaffung von Arbeitsplätzen. Ebenso ist der Staat notwendig als Bollwerk gegen Spekulanten in Rohstoff- und Finanzmärkten, wo die natürlichen Schwankungen häufig zugunsten kurzzeitiger finanzieller Gewinne manipuliert werden,

statt für die Sicherheit der Produzenten zu sorgen. Der BRICS-Block hat mit dem Contingency Reserve Arrangement (CRA) einen Fonds im Wert von 100 Mrd. US-Dollar geschaffen, der die Staaten des Südens vor kurzzeitigen Liquiditätsproblemen schützen soll – eine Bedingung, die oft vom IWF dazu genutzt wurde, Ländern mit knappen Finanzen die Übernahme neoliberaler Politik („Konditionalitäten“) zu diktieren. Dies ist auch der Grund, weshalb der BRICS-Block seine eigene Entwicklungsbank eingerichtet hat, obwohl diese erst einmal ruht, da Indien und Russland zunächst die möglichen Wirkungen der Bank untersuchen wollen. Teil der Debatten um die Bank und die Sicherheitsreserve war auch die Möglichkeit, eine Ratingagentur des Südens zu gründen, um sie den Ratingagenturen des Nordens, wie etwa Moody's und Standard & Poor's, an die Seite zu stellen.

Die Schaffung ihrer eigenen Institutionen – des Contingency Reserve Arrangements und der BRICS-Bank – ersetzen nicht die Ambitionen der einzelnen BRICS-Staaten, in den älteren Institutionen das Heft in die Hand zu nehmen.

Grenzen der BRICS-Plattform

Die BRICS-Plattform hat verschiedenartige Begrenzungen. Zuerst einmal folgt die Innenpolitik der BRICS-Staaten dem allgemeinen Tenor dessen, was man als „Neoliberalismus mit südlichem Antlitz“ bezeichnen kann – mit dem Verkauf von Rohstoffen und niedrigen Arbeitslöhnen neben dem recycelten Überschuss, der als Kredit an den Norden geht, während die Lebensqualität des Großteils der eigenen Bevölkerung niedrig bleibt. Die indische Bevölkerung ist beispielsweise mit hohen Armutsraten und Hunger konfrontiert, obwohl die Wachstumsraten stetig weiter steigen. Statt den sozialen Reichtum in Transferzahlungen und in

Unter Reformen des IWF oder der WTO wird jetzt ein größeres Stimmgewicht der Staaten des Südens verstanden. Im Falle der WTO hat der BRICS-Block zudem zu verstehen gegeben, dass er eine Koalition des Südens anführen möchte, um einen Vertreter des Südens zum nächsten Generalsekretär zu machen. Im letzten Jahr versuchte der Norden in Doha, angeführt von der Schweiz, das Mandat der UNCTAD zu torpedieren, indem er darauf drängte, die eigenen Sichtweisen auf die Reform des Finanzsektors zurückzustellen. Die BRICS unterstützten in der „Deklaration von Neu-Delhi“ und der „eThekwini-Deklaration“ erneut die Arbeit der UNCTAD zu „miteinander zusammenhängenden Fragen des Handels, der Investitionen, Finanzen und Technologie aus einer Entwicklungsperspektive.“ Entscheidend sind hier die Worte „miteinander zusammenhängend“ und „Finanzen“ als Hinweise auf das Urteil des UNCTAD-Berichts zu Handel und Entwicklung aus dem Jahr 2011. Dort wird betont, dass die spekulative Macht des globalen Finanzsystems nicht nur wirtschaftliche Einöden in den Ländern des Nordens schuf, sondern auch jegliche Entwicklungsprojekte im Süden behinderte.

die Schaffung stabilerer sozialer Löhne umzuwandeln, scheint das Land dem Rat des Weltbankpräsidenten Robert Zoellick zu folgen und seinen Überschuss dafür zu verwenden, „der Weltwirtschaft zu helfen, sich von der Krise zu erholen.“ Es hat etwas Obszönes, die „Lokomotiven des Südens“ vor die Wagen des Nordens spannen zu wollen (vor allem angesichts des Unwillens des Nordens, die eigenen Überschüsse in den 1980er Jahren dafür zu nutzen, die damalige Schuldenkrise zu bekämpfen).

Zweitens war das BRICS-Bündnis bisher nicht in der Lage, eine neue *institutionelle* Grundla-

ge zu schaffen, die seiner wachsenden Macht gerecht würde. Es plädiert weiterhin für demokratischere Vereinte Nationen und mehr Demokratie in IWF und Weltbank. Diese Appelle haben wenig bewirkt. Als die Finanzkrise ihren Höhepunkt hatte, versprach die G8, sich aufzulösen und die G20 für ihre Zwecke zu nutzen – dies ist nun vergessen. Eine blutleere Zunahme von Stimmübertragungen im IWF hat den Süden nicht in die Lage versetzt, im Sommer 2011 einen gemeinsamen Kandidaten als Direktor zu ernennen.

Drittens hat die BRICS-Formation keine *ideologische* Alternative zum Neoliberalismus vorgebracht. Es gibt viele Vorschläge zur Schaffung einer nachhaltigeren Wirtschaftsordnung, doch diese wurden an den Rand gedrängt. Die Rio-Formel eines „separaten und differenzierten Umgangs“ erlaubt es dem Süden, Zugeständnisse zu fordern, die der Norden verweigert (nicht zuletzt beim Klimawandel). Dies ist eine defensive Haltung. Bislang wurde keinerlei positive Alternative vorangetrieben. Möglicherweise wird sie den Erschütterungen von unten entspringen, wo man keine Lust verspürt, an einem System herumzudoktern, dass viele, wenn nicht die meisten Menschen, als grundsätzlich gescheitert ansehen.

Und schließlich fehlt dem BRICS-Projekt die Fähigkeit, die *militärische* Vorherrschaft der Vereinigten Staaten und der NATO zu brechen. Wenn die Vereinten Nationen dafür stimmen, „den Mitgliedstaaten alle notwendigen Maßnahmen“ zu erlauben, wie es bei der Resolution 1973 zu Libyen der Fall war, ist dies im Grunde ein Blankoscheck für die NATO, militärische Mittel einzusetzen. Regionale Alternativen, die funktionieren würden, gibt es nicht. Die Fähigkeit der Vereinigten Staaten zur Machtprojektion bleibt weltweit bestehen – mit Militärbasen auf allen Kontinenten und der Fähigkeit, fast überall zuzuschlagen. Diese globale Präsenz von NATO und USA schwächt die Kapazität regionaler Mechanismen für

Friedensmaßnahmen und Konfliktlösungen. Überbordende Militärmacht übersetzt sich in politische Macht.

Regionalismus und Multipolarität stehen im Mittelpunkt der jüngsten Debatten. Nebenabsprachen verbesserten die regionale wirtschaftliche Entwicklung und schufen die Basis für Regionalpolitik ohne US-Vorherrschaft. So leiteten Afghanistan, Indien und Iran am Rande des 16. Gipfels der NAM im Jahr 2012 einen Prozess ein, um ihre gegenseitigen Verbindungen mittels des im Südosten Irans gelegenen Hafens von Tschabahar zu intensivieren. Das von den USA besetzte Afghanistan importiert, ungeachtet der US-amerikanischen und europäischen Sanktionen, 50 Prozent seines Erdöls aus Iran. Die US-Bestrebungen, Teheran zu isolieren, sind in einer multipolaren Welt schlichtweg nicht durchsetzbar.

Die aufstrebende und von den BRICS-Staaten unterstützte Politik der NAM zielt nicht länger auf Blockfreiheit, sondern auf Regionalismus und Multipolarität ab. Schuldenkrisen und Sparmaßnahmen im Norden werden gleichermaßen Druck auf dessen Fähigkeit ausüben, die eigene militärische Macht auf dem ganzen Planeten auszuüben. China, das die weltgrößte Wirtschaft haben wird, hat sich der Multipolarität verschrieben. Deshalb ist auch eine neue geistige Orientierung (Regionalismus und Multipolarität) des BRICS-Blocks viel realistischer als die erneute Durchsetzung der Vorherrschaft des Nordens. Es wird kein weiteres amerikanisches Jahrhundert geben. Wir stehen am Beginn eines neuen multipolaren Experiments.

Das BRICS-Projekt bedeutet keine Freiheit (*Uhuru*) für den Süden. Dennoch: Das politische System erhält frischen Sauerstoff. Das IBSA-Dialogforum und die BRICS-Plattform verleihen älteren Ideen der Süd-Süd-Kooperation neues Gewicht – Konzepte, die sich in den 1990er und 2000er Jahren in Gefahr befanden,

zu Anachronismen zu werden. Felgen und Speichen des Reifens mussten erst durch die Nabe hindurch (die Vorherrschaft der USA und des Globalen Nordens), um miteinander in Kontakt zu kommen. Das ist wie der Versuch, von Bamako nach Niamey fliegen zu wollen und feststellen zu müssen, dass dies nur über eine

Verbindung von Air France via Paris möglich ist. Oder der Versuch einer Hindi, einen Roman auf Swahili lesen zu wollen, und herausfinden zu müssen, dass dies nur über das Englische möglich ist. Wir verfügen jetzt über institutionelle Plattformen, die durch umfassendere Visionen geformt werden könnten.

Perspektiven des BRICS-Blocks

Die gegenwärtigen Führungen der einzelnen BRICS-Staaten lassen nicht erkennen, dass die BRICS-Agenda einen stärker progressiven Kurs einschlagen würde. Seit den 1990er Jahren lag ein Ungleichgewicht vor, weil der Norden den Kurs von Politik und Macht strikt gemäß den eigenen Interessen und denen seiner Unternehmen ausrichtete. Die BRICS-Staaten versuchen nun schlicht, die Kompassnadel nach ihren eigenen Interessen auszurichten, damit ihre eigenen Entwicklungsprogramme aus dem Schatten der Schuldenkrise und des Regimes der geistigen Eigentumsrechte ausbrechen können. Ihre eigenen Unternehmen sollen dadurch mit im Norden angesiedelten transnationalen Firmen in den Wettbewerb treten, und das Konzept der Süd-Süd-Kooperation soll als Argument für eine bevorzugte Behandlung angewandt werden können. Brasiliens Versuch, die progressive Agenda der Lateinamerikanischen Entwicklungsbank, der Bank des Südens (*Banco del Sur*), zu bremsen, ist ein Indikator für die engen Grenzen der Politik der BRICS-Staaten. Wenn die gegenwärtigen Regierungen in den BRICS-Staaten an der Macht bleiben, ist nicht zu erwarten, dass die Dynamik des BRICS-Blocks sich von dem unterscheiden wird, was wir bisher gesehen haben.

Sollten jedoch progressive Regierungen in den BRICS-Ländern an die Macht gelangen, so wie es in Lateinamerika in den letzten 15 Jahren

der Fall war, ist eine andere Politik des BRICS-Blocks denkbar. Ein aggressives Umschwenken, bei dem Überschüsse des Südens in die eigenen Bevölkerungen transferiert werden, begleitet von Änderungen am Wachstumsmodell der einzelnen Staaten, hätte eine unmittelbare Auswirkung auf die Verwendung von Institutionen wie der BRICS-Bank. Eine neue Stiftung für Wirtschaftsabkommen im Binnenhandel, bei denen Mechanismen der Preisgestaltung sowohl Produzenten als auch Konsumenten begünstigen, ohne dass das private Kapital die Gelegenheit erhält, den Löwenanteil des Handels abzuschöpfen, könnte ebenso auf Grundlage des eigenen Süd-Süd-Handels eingerichtet werden. Eine derart progressive Agenda könnte die Länder des Südens, und vor allem die BRICS-Staaten, befähigen, wirtschaftlich nicht länger vom Norden abhängig zu sein (beispielsweise in Sachen Märkte und Technologien) und auf diese Weise auch die politische Abhängigkeit von Washington zu brechen.

Dies wäre eine mögliche Aussicht für den Süden. Sie ist jedoch, angesichts der gegenwärtigen Klassenzusammensetzung in der Führung der BRICS-Staaten, nicht die wahrscheinlichste Variante für den BRICS-Block. Gegenwärtig geht es nur um eine Neujustierung der Machtbeziehungen, nicht um deren Transformation. Dies ist bis auf Weiteres das Programm des BRICS-Blocks und im Kern auch sein Versprechen.

Ausgewählte Literatur

- Akyüz, Yilmaz: The Staggering Rise of the South? In: UNCTAD: The Rise of the South and New Paths of Development in the 21st Century. ECIDC Report 2012, Genf 2012.
- Angueyra, Juliana Diaz: El foro IBSA y los BRIC como parte de la estrategia de Brasil para consolidar su poder blando de alcance global durante ek periodo 2003-2010, in: „Pregrado en Relaciones Internacionales“, 2012.
- Bond, Patrick: Sub-imperialism as lubricant for neo-liberalism: South African ‘deputy sheriff’ duty within BRICS, in: „Third World Quarterly“, 2/2013, S. 251-270.
- Dahi, Omar und Firat Demir: South-South Trade in Manufacturers: Current Performance and Obstacles for Growth, in: „Review of Radical Political Economics“, 3/2008, S. 266-275.
- Desai, Radhika: Dreaming in Technicolour? India as a BRIC economy, in: „International Journal“, 4/2007, S. 781-804.
- Dutt, Amitava Krishna: South-South Issues from a North-South Perspective. UNCTAD Background Paper No. 2, März 2012.
- Flemes, Daniel: India-Brazil-South Africa (IBSA) in the New Global Order: Interests, Strategies and Values of the Emerging Coalition, in: „International Studies“, 4/2009, S. 401-421.
- Hamdani, Khalil: The Challenge of the South. UNDP Human Development Research Paper Series, März 2012.
- Morin, Jean Frédéric: La brique des BRIC ou les grands pays émergents et la construction du système commercial, in: „Gouvernance Globale“, 2/2008.
- Pereira, Carlos und Joao Augusto de Castro Neves: Brazil and China: South-South Partnership or North-South Competition? Foreign Policy Paper Series, The Brookings Institution, 5. März 2012.
- Prashad, Vijay: The Darker Nations. A People’s History of the Third World, New York 2007.
- Prashad, Vijay. The Poorer Nations: A Possible History of the Global South, New York 2013.
- Shaw, Timothy, Andrew Cooper und Agata Antkiewicz: Global and/or regional development at the start of the 21st century? China, India and (South) Africa, in: „Third World Quarterly“, 7/ 2007, S. 1255-1270.
- Sidaway, James D.: Geographies of Development: New Maps, New Visions? In: „The Professional Geographer“, 1/2012, S. 49-62.
- Soederberg, Susanne: Global Governance in Question, London 2006.
- Subacchi, Paola: New Power Centres and New Power Brokers: are they shaping a new economic order? In: „International Affairs“, 3/2008, S. 485-498.
- Turzi, Mariano: Qué importancia tiene el BRIC? In: „Estudios internacionales: Revista del Instituto del Estudios Internacionales de la Universidad de Chile“, 2011, S. 87-111.
- UNCTAD: The Least Developed Countries Report. The Potential Role of South-South Cooperation for Inclusive and Sustainable Development, Genf 2011.
- UNCTAD: Trade and Development Report 2012: Policies for Inclusive and Balanced Growth, Genf 2012.
- UNDP: Human Development Report 2013: Rise of the South. Human Progress in a Diverse World, New York 2013.
- Vleira, Marco Antonio und Chris Alden: India, Brazil and South Africa (IBSA): South-South Cooperation and the Paradox of Regional Leadership, in: „Global Governance“, 4/2011, S. 507-528.
- Vom Hau, Matthias, James Scott and David Hulme: Beyond the BRICS: Alternative Strategies of Influence in the Global Politics of Development, in: „European Journal of Development Research“, 2012, S. 187-204.

Aktuelle deutschsprachige Veröffentlichungen

Fordert Alles

Lehren aus dem Transformativen Organizing
Steve Williams - März 2013

Tod eines Yuppie-Traums

Aufstieg und Fall der Freien Berufe
Barbara Ehrenreich und John Ehrenreich - Februar 2013

Von der Interessenvertretung zur Sozialen Transformation?

Die LGBT-Bewegung in den Vereinigten Staaten
Dawne Moon - Januar 2013

Alternativen zum Krieg

Zivile Konfliktbearbeitung im Kontext internationaler Politik
Andreas Buro - Januar 2013

Der Wert der Vielfalt

Kanadas Immigrations- und Integrationsregime
Oliver Schmidtke - Dezember 2012

Kanadas "Ahornfrühling"

Vom Quebecer Bildungsstreik zur Bewegung gegen den Neoliberalismus
Ingar Solty - Dezember 2012

Eine kurze Geschichte von Occupy Wall Street

Ethan Earle - November 2012

Legitime Vergewaltigung, Schlampen und Femi-Nazis

Der Republikanische „Krieg gegen die Frauen“
Laura Flanders - Oktober 2012

Die Welt von Neuem Beginnen

Wisconsin, Occupy und die kommende Linke
John Nichols - Oktober 2012

WELTWEITES NETZWERK DER RLS-AUSLANDSBÜROS



NORDAMERIKA & VEREINTE NATIONEN

New York/USA
Leitung: Dr. Stefanie Ehmsen und
Dr. Albert Scharenberg
Website: www.rosalux-nyc.org

MEXIKO, ZENTRALAMERIKA UND KUBA

Mexiko-Stadt/Mexiko
Leitung: Torge Löding
Website: www.rosalux.org.mx

ANDENLÄNDER

Quito/Ecuador
Leitung: Dr. Miriam Lang
Website: www.rosalux.org.ec

SÜDAMERIKA

São Paulo/Brasilien
Leitung: Gerhard Dilger
Website: www.rls.org.br

PALÄSTINA

Ramallah
Leitung: Dr. Katja Hermann
Website: www.rosaluxemburg.ps

ISRAEL

Tel Aviv
Leitung: Dr. Angelika Timm
Website: www.rosalux.co.il

HAUPTSITZ

Berlin/Deutschland
Vorsitzende: Dr. Dagmar Enkelmann
Geschäftsführer: Dr. Florian Weis
Website: www.rosalux.de

EUROPÄISCHE UNION

Brüssel/Belgien
Leitung: Dr. Klaus Sühl
Website: www.rosalux-europa.info

OSTMITTELEUROPA

Warschau/Polen
Leitung: Dr. Joanna Gwiazdecka
Website: www.rls.pl

SÜDOSTEUROPA

Belgrad/Serbien
Leitung: Dr. Boris Kanzleiter
Website: www.rosalux.rs

TÜRKEI

Istanbul
Leitung: Kadriye Karci
E-Mail: karci@rosalux.de

RUSSLAND, ZENTRALASIEN & KAUKASUS

Moskau/Russland
Leitung: Tiina Fahrni
Website: www.rosalux.ru

OSTASIEN

Peking/China
Leitung: Dr. Lutz Pohle
E-Mail: pohle@rosalux.cn

SÜDOSTASIEN

Hanoi/Vietnam
Leitung: Nadja Charaby
Website: www.rosalux.vn

SÜDASIEN

Neu-Delhi/Indien
Leitung: Dr. Carsten Krinn
E-Mail: krinn@rosalux.de

WESTAFRIKA

Dakar/Senegal
Leitung: Dr. Claus-Dieter König
Website: www.rosalux.sn

OSTAFRIKA

Daressalam/Tansania
Leitung: Siegfried Schröder
E-Mail: schroeder@rosalux.de

SÜDLICHES AFRIKA

Johannesburg/Südafrika
Leitung: Dr. Armin Osmanovic
Website: www.rosalux.co.za



Website: www.rosalux-nyc.org

Facebook: [rosaluxnyc](https://www.facebook.com/rosaluxnyc)

Twitter: [@rosaluxnyc](https://twitter.com/rosaluxnyc)